

Der Sachzwang regiert

Im thematischen Mittelpunkt unseres höchsten beschlussfähigen Gremiums stand neben der Inklusion die Beschulung der Flüchtlingskinder

Starredner auf dem Gewerkschaftstag war ohne Zweifel Senator Rabe. Ihm gelang es, durch die Darstellung der eigenen Erfahrungen das Persönliche mit dem Ganzen zu verbinden. So erzählte er von seiner Kindheit in Börnsen, als dort zwei Kinder einer Flüchtlingsfamilie auftauchten. Die einzigen in der ganzen Schule. Man riss sich um sie! Heute, das müsse an dieser Stelle mal gesagt werden, meinte der Senator, habe Hamburg im Bund den mit Abstand größten Anteil, nämlich 45 Prozent, an Kindern mit Migrationshintergrund – mit steigender Tendenz; gefolgt von Bremen mit 40, Berlin 35, Schleswig-Holstein 12 Prozent und Thüringen mit 2 Prozent. Warum das so sei? Da gebe es den ‚Königsteiner Schlüssel‘, der überproportional die Fläche und nicht die Zahl der Einwohner_innen als Maßgröße für die Zuteilung der Flüchtlinge zugrunde lege. Bei dieser Schilderung erübrige sich fast der Hinweis, dass dies die Stadt in besonderer Weise herausfordere.

So eingestimmt konnte die Zuhörerschaft nur noch kopfnickend der Sachzwanglogik folgen. Sprich: es gibt auch in Sachen Flüchtlinge keine anderen Lösungen als die jetzt vom Senat angestrebten. Wenn man dem Senator Glauben schenken will, dann hat die Regierung alles getan, um der postulierten positiven Willkommenskultur Rechnung zu tragen. Unter den gegebenen Voraussetzungen heiße dies eben, dass man sie dort untergebracht habe, wo es überhaupt möglich sei. Und dies seien eben nicht die urbanen Stadtteile, sondern jene, in de-

nen Freiflächen existierten. Oft an der Peripherie, nicht selten in sozial belasteten Gebieten. Diese soziale Schieflage setze sich dann in der Verteilung der zu beschulenden Flüchtlingskinder fort. Konkret: In Schulen mit KESS 1 und 2 – also stark belastet – seien 42 Prozent der Kinder untergebracht, in Schulen mit KESS 3 und 4 seien es 32 Prozent und in den Schulen im Speckgürtel – der Senator sprach natürlich von Schulen mit KESS-Faktor 5 und 6 – seien es 25 Prozent. Man wolle dies ändern in Richtung Gleichverteilung. Dies allerdings schlosse dann längere Schulwege mit ein und die Aufgabe der freien Schulwahl.

Gleichverteilung heiße auch, dass Stadtteilschulen wie Gymnasien die gleiche Last zu tragen hätten. Auch davon sei man weit entfernt, weil die Gymnasien aufgrund des Anmeldeverhaltens der Eltern schon jetzt überfüllt seien, während es in Stadtteilschulen oft noch Raumkapazitäten und auch mehr Freiflächen gebe. Dies zu ändern fordere die Bereitschaft aller Beteiligten. Integration funktioniere nur dann, wenn alle mitmachten, so das Credo des Senators.

Man sei stolz darauf, dass es durch 650 Neueinstellungen gelungen sei,

den Lehrer_innen- /Schüler_innenschlüssel mit 1:11,5 günstig zu halten. Wenn das irgendwo nicht der Fall sei, würden die Schulen die Stunden anders verteilen als vorgesehen. Man sei stolz darauf, dass man es geschafft habe, die Unterbringung in Turnhallen, so sie denn von den Schulen gebraucht würden, zu vermeiden und schließlich sei es gelungen, anders als in vielen anderen Bundesländern, die Flüchtlinge in den zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen (ZEA's) sofort zu beschulen. Und dies unabhängig von ihrer Bleiberechtsperspektive.

Und – auch hier verwies der Senator auf sein unmittelbares Einwirken – es sei gelungen, über das LI allen derzeit zu be-



Stolz auf das Erreichte (Senator Ties Rabe)

Fotos: hz

schulenden Flüchtlingen einen Ordner mit Unterrichtsmaterial und einen anderen mit, er nannte es, Lebensorientierung in ihren Klassen zur Verfügung zu stellen.

Alles gut?

So viel des Guten, da blieb nach Applaus nur wenig Raum für kritische Fragen. Aber sie blieben nicht aus. So verwies unsere Vorsitzende darauf, dass es angesichts des psychischen Elends der vom Krieg Gezeichneten nach wie vor wenig Konzepte und personelle Kapazitäten gebe, um den Traumatisierten zu helfen. Der Senator widersprach nicht.

Eine Kollegin, die an einer Berufsschule in die Beschulung unbegleiteter jugendlicher Flüchtlinge involviert ist, verwies darauf, dass viele Neueingestellte nicht über die volle Qualifikation eines Lehrers/ einer Lehrerin verfügten. Die Bezahlung reiche runter bis zu E9, was eine Spaltung der Kollegien befördere. Rabe verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass bei dieser Flüchtlingsgruppe 20 Prozent noch nie in eine Schule gegangen seien. Das heiÙe, sie könnten in der eigenen Sprache weder lesen noch schreiben! Da sei sozialpädagogische Kompetenz mindestens so wichtig wie originär pädagogische. Er verspreche sich in diesem Zusammenhang viel von dem auch bundesweit hoch gelobten Konzept der Allgemeinen Berufsvorbereitung für Migrant_innen (AV-dual-M). Sie ermögliche eine so früh wie möglich über Praktika eingefädelt berufliche Orientierung, die gleichzeitig die Steigerung der sprachlichen Kompetenz mit einschlieÙe.

Ins Allgemeine konnte der Senator sich nur flüchten, als Ursula Sapel vom Bleiberechtsausschuss der GEW die Abschiebep Praxis als moralischen Offenbarungseid des Senats geißelte. Es seien allein dieses Jahr bereits



Der Antrag: „Schule für geflüchtete Kinder“, erhielt dank Kai Kobelt und Ute Koch von der Fachgruppe Berufliche Schulen einige Präzisierungen. Der ganze Antrag unter: www.gew-hamburg.de

80 Familien abgeschoben worden, mit Kindern, die hier geboren wurden. Wie könne es angehen, dass Familien bei Nacht und Nebel aus ihren Wohnungen geholt würden und ohne die Möglichkeit, noch rechtlichen Beistand einzufordern, ins Flugzeug gesetzt würden? Vorher hatte Anja Bensinger-Stolze bereits auf den Konflikt verwiesen, dass im Sozialpakt der UNO das Recht auf Bildung für jedes Kind verbrieft sei.

Alles gehe nach Recht und Gesetz zu. Trotz des ja sehr groß-

Schnelle Reaktion

Wenige Tage nach unserem Beschluss auf dem Gewerkschaftstag zur Beschulung von Flüchtlingskindern (einzusehen unter: www.gew-hamburg.de, Beschlüsse), in dem wir die gleichmäßige Verteilung der Kinder auf alle Schulen fordern, kündigte Senator Rabe eine Gesetzesänderung an, nach der die Schulwahl eingeschränkt wird, um dies zu ermöglichen. Rechtlich sicherlich umstritten, weil es keine Sondergesetzgebung geben darf und es deshalb auch u.a. politisch fragwürdig sein dürfte.

zügigen Asylrechts sei es nun mal so, dass nicht jede_r, der/die es möchte, auch hierbleiben könne. Hier sprach zugleich der Bürgermeister. Solchen Abschiebungen gehe ein langer Rechtsstreit voraus. Und er, Rabe, habe sich persönlich bei der Innenbehörde über jeden einzelnen Fall informieren lassen, wenn Schulkinder mit im Spiel gewesen seien. Von Nacht- und Nebel-Aktionen könne also keine Rede sein. Ja, das Recht auf Asyl sei ein Menschenrecht und es gelte für diejenigen, denen es zusteht. In einem Nebensatz erwähnte Rabe allerdings auch, dass die Durchsetzung dieses Rechts Zivilcourage verlange. Was dies bedeutet, blieb unausgeführt.

Ebenfalls unbeantwortet blieb die Frage, wie denn die Stadtteilschulen die Aufgabe der Integration der Flüchtlingskinder meistern sollten. Zu den bereits Belasteten und Beladenen käme jetzt, quasi als Triple, die Aufgabe hinzu, die Flüchtlingskinder nicht nur zu beschulen, sondern sie auch gesellschaftlich zu integrieren. Welchen Einfluss dies seiner Meinung nach auf das zukünftige Wahlverhalten der Eltern der Kinder nach Klasse vier haben werde, was unmittelbar die Entwicklungsmöglichkeiten



Sven Quiring, 2. stellvertretender Vorsitzender, rief dazu auf an der Online-Befragung zur Belastungssituation in Sachen Inklusion teilzunehmen.

So einfach ist das: Startseite www.gew-hamburg.de aufrufen, online-Umfrage anklicken und ankreuzen und/oder sagen, was Sache ist.

der Stadtteilschulen betrifft, ließ der Senator im Dunkeln.

Licht

Nicht im Dunkeln ließ uns der zweite Redner, der Vorsitzende der GEW Bremerhaven Bernd Winkelmann, über die Situation an den Schulen in Bezug auf Inklusion in seiner Stadt. Das klang alles nach einem déjà vu! Dort wurde nämlich das 2-Säulen-Modell zwei Jahre vor Ham-

burg eingeführt und mit ihm die Inklusion. Das ‚Neue Deutschland‘ orakelte damals:

„Vielleicht wird es dereinst heißen, dass die Schulrevolution in Deutschland in Bremen begann, als sich Ende 2008 im kleinsten Bundesland fast alle Parteien auf ein neues Schulsystem einigten.“ (ND, 9. Januar 2009).

Von dieser Euphorie sei nicht viel übrig geblieben, so Bernd.

Es reiche nicht aus, in Studium und Referendariat verbindliche Module zu „Heterogenität“ und „inklusive Pädagogik“ vorzuschreiben. Die Kolleg_innen benötigten praktisch umsetzbare Konzepte, mit denen sie erfolgreich Bildungsprozesse initiieren können. „Nebenbei“ schaffe das niemand, Kooperation brauche Zeit, unterstützende Fortbildung müsse präzise angelegt sein. Das alles verlange personelle Ressourcen.

Angesichts mangelnder finanzieller Ausstattung seien einzig die Ansprüche an eine inklusive Bildung geblieben. Selbst die Aussicht auf sinkende Schüler_innenzahlen und die damit verbundene Hoffnung, bei gleichem Personalbestand eine bessere Personalausstattung erreichen

Hamburger Gewerkschaftstag am 25. April 2016

Wahlergebnisse

3. Schriftführerin

Barbara Geier

1 Beisitzerin

Dr. Claudia Lemke

zu können, man sprach – noch ganz neo-liberal geprägt – von einer ‚demografischen Rendite‘,



Antragstellerin Susanne Wulff, Schule Fünfhausen-Warwisch

Beschluss

Die GEW HH befasst sich in geeigneten Formen mit dem Problem **Arbeitszeit auf Klassenreisen** mit dem Ziel, eine angemessene Anrechnung der realen Arbeitszeit auf Klassenreisen zu erreichen.

Begründung:

Bei einer fünftägigen Reise fallen z.B. insgesamt etwa 105 Stunden Arbeitszeit an. Berechnet werden mir aber nur 46,57 (und selbst das finde ich fraglich, denn es fällt ja lediglich der Unterricht in dieser Woche weg, nicht aber Elterngespräche, Korrekturen etc.), so dass trotzdem noch um die 60 Überstunden anfallen, die aber nie ausgeglichen werden.

Zudem darf die tägliche Arbeitszeit eigentlich nicht über 10 Stunden hinausgehen. Dass das auf Klassenreisen nicht gewährleistet ist, ist offensichtlich. D.h., ich gefährde nicht nur meine eigene Gesundheit, sondern auch die Sicherheit der Schüler_innen, denn nach 10 Stunden Dienst (und Lärm) kann ich keine adäquaten Entscheidungen mehr treffen. Zudem ist, wenn nur zwei Begleitpersonen mitfahren, eine 11-stündige Ruhepause auf 24 Stunden nicht gewährleistet.

enttäuschte. Angesichts leerer Kassen und der selbst auferlegten Schuldenbremse sei nicht zu erwarten, dass sich etwas zum Besseren wende.

Es bleibt die Erkenntnis, dass nur der organisierte, kollektive Protest und Widerstand, das harte Ringen um bessere Bedingungen der einzig begehbbare Weg

ist. Dies gilt nicht weniger für die übrigen Beschlüsse, die gefasst wurden. (s. Kästen)

JOACHIM GEFFERS

Ab jetzt ohne Wenn und Aber...

Beschluss auf Satzungsänderung
§ 4 Gewerkschaftliche Mittel

Als Mittel zur Erreichung dieses Zwecks betrachtet die GEW u. a.
(...)

1) die konsequente Anwendung antidiskriminierender und **geschlechtersensibler Sprache**, die die Vielfalt der Geschlechter sichtbar macht.

Die hlz-Redaktion ist seit Jahren Vorreiter_in einer Entwicklung, wie er sich jetzt in dem Beschluss manifestiert. Wir haben uns für den Unterstrich entschieden, weil neben den Polen hetero- und homosexuelle Orientierung noch ein vielseitiges Dazwischen existiert. JG



BESCHLUSS DES HAMBURGER GEWERKSCHAFTSTAGS AM 25.4.16

Das schreit zum Himmel!

Aufruf: Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte

Der Hamburger Hafen ist Drehscheibe des internationalen Waffenhandels geworden. Deutschland gehört weltweit zu den größten Rüstungsexportureuren. Allein im ersten Halbjahr 2015 wurden deutsche Rüstungsexporte im Wert von 6,35 Milliarden Euro genehmigt.

Wir – unsere Stadt und unser Land – sind mitverantwortlich für die massenhaften Morde, die mit deutschen Waffen verübt werden und für die Gewalt, die Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Aus dem Hamburger Hafen werden jährlich für ca. 400 Millionen Euro Waffen und 1000 Container Munition verschifft. Auch die legale Verbreitung gelieferter Waffen ist nachweisbar außer Kontrolle geraten.

Seit 2013 besteht die „Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte“. Mit der bundesweiten „Aktion Aufschrei“ (www.aufschrei-waffenhandel.de) fordern wir:

Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen. Hamburg soll nicht das Tor zum Tod in der Welt sein.

Wir wollen die Menschen in Hamburg über die umfangreichen Exporte von Waffen, Munition und Kriegstechnologie aus dem Hamburger Hafen aufklären und auf deren Produktion im Großraum Hamburg aufmerksam machen.

Wir fordern von Senat und Bürgerschaft, den Rüstungsexport fortlaufend zu veröffentlichen und im Geiste der Verfassung am Leitbild eines zivilen Hafens zu orientieren.

Wir arbeiten auf ein breites Bündnis hin, das auf Landes- und Bundespolitik Druck ausübt, um die Ausfuhr der todbringenden Frachten zu stoppen.

Wir treten dafür ein, bei den Ursachen internationaler und regionaler Konflikte anzusetzen und gewaltfreie Lösungen zu suchen.

Rüstungspolitik muss durch Friedenspolitik abgelöst werden.

Wir konzentrieren uns auf die Problemlage vor Ort. Wir führen Veranstaltungen durch, informieren, klären auf und motivieren zu politischem Engagement. Dabei bedienen wir uns auch neuer, kreativ-künstlerischer und medialer Aktionen im öffentlichen Raum – bis hin zu Formen des zivilen Ungehorsams.

Kontakt@hamburger-gegen-ruerstung.de:
www.hamburger-gegen-ruerstung.de

In der Präambel ihrer Verfassung verpflichtet sich die Freie und Hansestadt Hamburg: „... Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“

In der Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte arbeiten zusammen: *Brot & Rosen, Bündnis Hamburger Deserteurenkmal, Christian Peacemaker Teams, Comm e.V., Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V., Frauen in Schwarz, Initiative Mexiko, KunstHaus am Schüberg, Ökumenisches Forum HafenCity, Willi-Bredel-Gesellschaft, Geschichtswerkstatt.*